Spangenberger Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint
wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat **1 G.-Mk.** frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild".
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen **1.20 Mk.**
Telegramm-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27

Anzeigen
werden die sechsgespaltene 3 mm hohe (Petit)-Zeile oder deren Raum mit **15 Pfg.** berechnet; auswärts **20 Pfg.** Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile **40 Pf.** Verbindlichkeit für Platz-, Datenvorschrift und Beilegelieferung ausgeschlossen. Zahlungen auf Postscheckkonto Frankfurt am Main Nr. 20771
Annahmegebühr für Offerten und Auskunft beträgt **15 Pfg.** Zeitungsbeilagen werden billigst berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer .·. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr 19. Donnerstag, den 12. Februar 1925 18 Jahrgang.

Freund! Unrecht tun und Unrecht leiden,
Was wählest du dir wohl von beiden?
Ich? Keins! denn Herz und Ehre spricht:
Laß jenes, dulde dieses nicht.

Panama—Barmat.

Die Kreditskandale Kutisker-Barmat sind für diejenigen Kreise des Auslandes, die unablässig bemüht sind, uns etwas am Zeuge zu flicken, eine gute Gelegenheit, nach Kräften zu übertreiben und von einer deutschen Korruption zu sprechen, die derjenigen des französischen Panamaskandals nicht viel nachstehe. Im Barmat-Spektakel handelt es sich doch immerhin, so wenig gerade wir Deutsche auch an solche Vorkommnisse gewöhnt sind, um einzelne Personen, die ihr Verfügungsrecht über Staatsgelder zu Gunsten von zweifelhaften Geschäftsleuten mißbraucht und dabei ihren eigenen Vorteil nicht vergessen haben, so daß, wie mitgeteilt wird, eine Anklage der Staatsanwaltschaft wegen passiver Bestechung und Untreue bevorsteht. Die Angelegenheit hat, wie schon gesagt, deshalb in Deutschland ein so großes Aufsehen hervorgerufen, weil wir bei uns an ein solches Verhalten von hohen Beamten nicht gewöhnt waren, und weil diese Kreditschiebungen in einer kritischen Zeit erfolgten, in der sich viele reelle Firmen vergeblich um Geld bemühten.

Im Panamaskandal in Paris lagen die Dinge ganz anders. Die französische Panama-Aktiengesellschaft arbeitete unter der Leitung Ferdinand von Lesseps, des Erbauers des Suezkanals, von 1881 bis 1889 an der Herstellung des Panamakanals, bis das Unternehmen infolge der schlechten Organisation, Verwaltung und der Geländeschwierigkeiten zusammenbrach. Um die Aktionäre zu beruhigen und den Staat zur Hergabe von neuen Geldmitteln zu bewegen, wurden zahlreiche Mitglieder der Deputiertenkammer materiell und moralisch beeinflußt, so daß die Angelegenheit immer von neuem verschleppt wurde, bis die Katastrophe schließlich doch nicht mehr aufzuhalten war. Der Ingrimm der geschädigten Aktionäre zwang die Kammer dazu, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, der die ganze saubere Wirtschaft ans Tageslicht brachte, die auch dem französischen Staat viel Geld gekostet hatte. Das ist also etwas ganz anderes, als der Barmatkreditskandal, in welchem doch die Volksvertretung als solche nicht in Mitleidenschaft gezogen worden ist.

Es ist nun allerdings bekannt, daß außerhalb der Barmatangelegenheit unter dem Druck der Kriegsereignisse und unter dem Einfluß der Nachkriegszeit mancherlei unliebsame Geschichten und Veruntreuungen bei uns vorgekommen sind, an die aber nicht der Maßstab der normalen Verhältnisse gelegt werden kann. Unter dem unerwarteten Ausgang des Krieges und unter dem Eindruck des Vertrages von Versailles war das deutsche Volk aus dem seelischen Gleichgewicht geraten und hatte viel von seiner Eigenart verloren. Aber wir sind doch nicht in diesem Sumpf stecken geblieben, wir sind schon wieder auf dem Wege nach oben, und das Wort von der deutschen Ehrlichkeit wird wieder zu seinem vollen Recht gelangen. Im internationalen Handel wurden in der ersten Zeit nach dem Kriege auch Vorwürfe gegen unsere Ausfuhr wegen mangelnder Güte erhoben, aber alle diese Kritiken sind wieder verstummt.

Die Barmatgeschäfte sind gewiß bedauerlich, aber sie werden nur eine Episode bleiben, vorausgesetzt, daß der Säuberungsprozeß, der jetzt im Gange ist, gründlich und rücksichtslos durchgeführt wird. Je rascher und energischer Regierung und Justiz gegen die unerquicklichen Mißstände vorgehen, desto schneller werden wir auch wieder zu gesunden Zuständen in Deutschland kommen.

Die neuen Steuergesetze.

Die Steuerpläne des Kabinetts Luther.

Im Steuerausschuß des Reichstags gab Staatssekretär Dr. Popitz vom Reichsfinanzministerium einen ausführlichen Bericht über die Steuerpläne der Reichsregierung. Als leitende Grundsätze für die Umgestaltung der Steuergesetzgebung bezeichnete er einmal die notwendige Entlastung der Wirtschaft und dann die Förderung der Bildung neuen Kapitals.

Dem Reichsrat sind bisher folgende sechs Gesetzentwürfe zugegangen:

ein **Steuerüberleitungsgesetz**, das sich mit der aktuellen Frage befaßt, was aus den Vorauszahlungen des Jahres 1924 wird, und wie die Vorauszahlungen im Jahre 1925 gestaltet sein sollen;
ein neues **Einkommensteuergesetz**;
ein neues **Körperschaftssteuergesetz**;
ein Gesetz über die **Vermögens- und Erbschaftssteuer**;
ein **Reichsbewertungsgesetz**;
ein Gesetz über **Verkehrssteuern**, das auch eine Reihe von Vorschriften über den **Rechtsschutz** und das **Verfahren** enthält;
endlich ein Gesetz über die **gegenseitigen Besteuerungsrechte von Reich, Ländern und Gemeinden.**

Im einzelnen teilte Staatssekretär Dr. Popitz aus den Entwürfen mit, daß

die Vorauszahlungen zur Einkommensteuer

nicht mehr monatlich zu leisten sind, sondern vierteljährlich. In der Uebergangszeit wird noch am 10. Februar und vielleicht auch noch am 10. März monatlich gezahlt werden müssen. Die Zahlungstermine werden so gelegt, wie sie den besonderen Bedürfnissen der Steuerpflichtigen entsprechen. Das gilt vor allem für die Landwirtschaft, die nur dreimal im Jahre Steuern zahlen soll, und zwar am 15. Februar, am 15. Mai und am 15. November, weil der Zahlungstermin des 15. August noch mitten in die Erntezeit fällt, in der naturgemäß flüssige Mittel fehlen.

Die Staffelung der Steuersätze steigt im neuen Einkommensteuergesetz von 10 bis 33⅓ Prozent des Einkommens. Als Durchschnittsziffern für die tatsächliche Belastung des Einkommens ergeben sich 15 Prozent bei 24 000 Mark, 20 Prozent bei 48 000 Mark, 25 Prozent bei knapp 100 000 Mark und 33⅓ Prozent bei annähernd 600 000 Mark Jahreseinkommen.

Keine Heraufsetzung des steuerfreien Lohnbetrages.

Am 10prozentigen Steuerabzug bei Lohn- und Gehaltsempfängern wird festgehalten; die steuerfreie Einkommensgrenze von jetzt 60 Mark im Monat glaubt die Regierung aus finanziellen Gründen nicht hinaufsetzen zu können. Ein sozialdemokratischer Antrag, die Freigrenze auf 100 Mark monatlich zu erhöhen, wurde von der Regierung als undurchführbar bezeichnet, weil dadurch ein jährlicher Steuerausfall von über 700 Millionen Mark entstände. Es soll jedoch künftig bei kinderreichen Familien, und zwar vom vierten Kinde an, eine Ermäßigung des Lohnsteuersatzes um je zwei Prozent für jedes weitere Kind erfolgen.

Bei der Vermögenssteuer wird an dem Satze von 0,5 v. H. jährlich festgehalten, dagegen wird man auf dem Gebiete der Erbschaftssteuer nicht bei den bisherigen Sätzen bleiben, soweit es sich um die Heranziehung wirklich großer Erbanfälle handelt. Die Steigerung, die heute bei einer Million Goldmark aufhört, soll daher weiter geführt werden. Beim Kindeserbe werde die Höchstbelastung künftig 15 Prozent betragen. Die Befreiung des Ehegattenerbes solle in Zukunft fortfallen, wenn leibliche Abkömmlinge des Erblassers vorhanden sind.

Erhöhung der Verbrauchssteuern.

Unverändert bleibt, entgegen den Versprechungen, die der Reichskanzler Dr. Luther als Reichsfinanzminister gemacht hatte, die 1½prozentige Umsatzsteuer und die 10prozentige Luxussteuer. Die Verbrauchssteuern auf Branntwein, Bier und Tabak sollen erhöht werden; die Zuckersteuer bleibt unverändert.

Dr. Höfle verhaftet.

Passive Bestechung. — Untreue im Amt.

Der frühere Reichspostminister Dr. Höfle wurde am Dienstag nachmittag zu einer Vernehmung in das Gerichtsgebäude Moabit bestellt und erfuhr dort von dem Vertreter der Anklagebehörde, daß er sich als vorläufig festgenommen zu betrachten habe. Kurz darauf erging gegen ihn der formelle Haftbefehl wegen passiver Bestechung und Untreue. Einem Antrag Höfles auf Haftentlassung ist nicht stattgegeben worden, weil es sich um ein Delikt handelt, für das gegebenenfalls Zuchthausstrafe in Betracht kommt.

Zu der Hauptsache scheinen es zwei Fälle von Geschenkannahme zu sein, die dem früheren Reichspostminister vorgeworfen werden. Zu dem einen Fall soll es sich um 50 000 Mark handeln, die durch die Deutsche Depositen- und Handelsbank A.-G. an den früheren Reichspostminister hergegeben worden sind. Diese 50 000 Mark sollen Dr. Höfle bewogen haben, ein schärferes Vorgehen gegen die Bank, durch das die Sicherung gewährter Postkredite vielleicht noch erreicht worden wäre, zu unterlassen. Dabei soll Dr. Höfle von einem Mitglied des Aufsichtsrates der Depositen- und Handelsbank auf die bedenklichen Zustände in dieser Bank aufmerksam gemacht worden sein, gerade um durch rechtzeitiges Eingreifen zu verhindern, daß die von der Post hergeliehenen Beträge verloren gehen. In dem zweiten Fall handelte es sich um 125 000 Mark, die Dr. Höfle von der Barmatschen Amexima-Gesellschaft für seine persönlichen Zwecke erhalten haben soll.

Der Beweggrund für die rechtswidrigen Handlungen Dr. Höfles

dürfte allem Anschein nach darin zu erblicken sein, daß Dr. Höfle sich vor etwa 1½ Jahren in einen Hausbau eingelassen und dafür allerhand Aufwendungen gemacht hat, die seine finanziellen Kräfte überstiegen. Er erwarb in Lichterfelde bei Berlin ein Grundstück für 65 000 Mark, auf dem er dann eine ansehnliche Villa aufführen ließ, ohne daß er das erforderliche Kapital besessen hätte. Die finanziellen Nöte des damaligen Reichspostministers sollen auch den Direktoren der Depositen- und Handelsbank bekannt gewesen und von ihnen ausgenützt worden sein.

Wie verlautet, hat das Reichspostministerium auf die Villa des früheren Postministers Höfle in Lichterfelde eine Sicherungshypothek von mehreren hunderttausend Mark eintragen lassen, sodaß Höfle über seine Villa, die den Hauptbestandteil seines Vermögens ausmacht, nicht mehr frei verfügen kann.

*

Das Verfahren gegen die Depositen- und Handelsbank.

Gleichzeitig mit der Verhaftung Dr. Höfles ist auch mit der Untersuchung gegen die Depositen- und Handelsbank A.-G. begonnen worden. Sämtliches Material und die Bücher der Bank sind beschlagnahmt worden. Die Staatsanwaltschaft sucht mit Hilfe von Bücherrevisoren zu ermitteln, wie die Konten auf den vorgefundenen Auszügen zustande gekommen sind, die Dr. Höfle besonders belasten. Die Aufgabe der Staatsanwaltschaft wird besonders dadurch sehr erschwert, daß der allergrößte Teil der Bücher des Bankinstituts von den damaligen Direktoren Wolpe und Klikottka vernichtet worden sind.

Der Tscheka-Prozeß.

Sensationelle Aussagen des Hauptangeklagten.

Nachdem das Gericht den Antrag der Verteidigung auf Ablehnung des gesamten Gerichtshofes zurückgewiesen hatte, begann die eigentliche Verhandlung mit der Vernehmung des Hauptangeklagten Neumann. Auf Befragen des Präsidenten bezeichnete der Angeklagte die Diktatur des Proletariats und die Räterepublik nach russischem Muster als Ziel der K. P. D. Diese Ziele sollen unter allen Umständen auch mit Gewalt erreicht werden. Dazu gehört auch das Mittel des bewaffneten Aufstandes.

Ferner gab er an, daß der Mitangeklagte Skobolewski, der seinen

Sitz in der russischen Botschaft

hatte, Mitglied des revolutionären Komitees war, das die Bewaffnung der Massen vorzubereiten und durchzuführen hatte. Er sollte auch die Sicherung der Ernährung übernehmen, die Zusammenstellung von Nachrichten, die Zersetzung der Reichswehr und der Schupo. Die Waffen sollten durch Ankauf besorgt werden. Die Gelder kamen von Rußland. Neumann selbst hat aus der russischen Botschaft etwa 35 000 Dollar geholt.

Nach einer weiteren Erklärung erhielt dann der frühere Reichswirtschaftsminister Abg. Robert **Schmidt** (Soz.) das Wort, der ebenfalls gegen Behauptungen der Rechtspresse Stellung nahm. Er stellte fest, daß die Einfuhr eines bestimmten Quantums Butter durch die Firma Barmat ohne Zutun erfolgte. Aus den Akten ergehe sich auch nicht die geringste über eine persönliche Rücksprache mit Barmat, aus der sich erkennen ließe, daß irgend welche Bevorzugung der Firma Barmat eingetreten sei.

Abg. **Frick** (Nat.-Soz.) beantragte, daß als erster Redner Dr. Frick (Nat.-Soz.) beantragte, daß der Antrag des Staatsanwalts auf Aufhebung der Immunität des Abg. Lange-Hegermann auf die Tagesordnung gesetzt und erledigt wird. Es sei merkwürdig, daß eine Partei, deren Vertreter in so großen Worten eben gesprochen hat . . . (großer Lärm und stürmische Pfuirufe beim Zentrum).

Reichspräsident **Löbe** teilte mit, daß bisher ein solcher Antrag von der Staatsanwaltschaft dem Reichstage nicht zugegangen sei. (Hört, hört! rechts.)

Das Haus setzte darauf die Beratung des Haushalts des **Reichsarbeitsministeriums** mit der Aussprache über das Siedlungswesen fort.

Nach längerer Beratung wurde die Weiterberatung vertagt.

Rundschau im Auslande.

Der deutsch-amerikanische Handelsvertrag ratifiziert. Der amerikanische Senat hat den Handelsvertrag mit Deutschland angenommen. Gleichzeitig wurden zwei Entschließungen angenommen, in denen beiden Ländern das Recht eingeräumt wird, die Einwanderung zu überwachen. Zu der Frage der Gleichberechtigung der deutschen und der amerikanischen Schiffe in den amerikanischen Gewässern wurde beschlossen, daß die betreffenden Bestimmungen für 12 Monate vom Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft bleiben sollen. Wenn die betreffenden Bestimmungen nicht 90 Tage vor Ablauf dieser Frist gekündigt werden, bleiben sie weiter in Kraft, bis der Kongreß beschließt, daß die Bestimmungen außer Kraft treten sollen.

Aus der Heimat

Spangenberg, 12. Februar 1925.

§ **Eintragung von Goldmarkhypotheken.** Die Frage „Was ist eine Goldmark", war noch bis in die jüngste Zeit umstritten. Mit Goldmark bezeichnet man den 1/42 Dollar, 2. den vom Reichsfinanzminister einer Zeit aufgestellten Durchschnittskurs bei Steuerverrechnungen, 3. den Betrag von 1/2790 Klgr. Feingold. Ein Grundstückseigentümer hatte beim Grundbuchamt auf Eintragung einer Goldmarkhypothek einen Antrag gestellt. Der Grundbuchrichter lehnte den Antrag ab mit der Begründung, daß der Begriff „Goldmark" nicht feststehe. Landgericht und Kammergericht haben den Standpunkt des Grundbuchamtes für unbegründet erklärt. Feingold-Hypotheken können nach der Verordnung vom 17. April 1924 als Goldmark-Hypotheken eingetragen werden. Es soll hierbei der unter 3. angegebene Begriff der Goldmark Anwendung finden. Dabei ist es zulässig, in der Bestellungsurkunde der Hypothek die Goldmark näher zu bezeichnen. Es genügt aber die einfache Bezeichnung „Goldmark".

§ **Sonntagsfahrkarten.** Wer Sonntags nach Cassel oder Wilhelmshöhe fahren und am gleichen Tage zurückkehren will, löst am besten eine Sonntagsfahrkarte. Diese berechtigt zur Benutzung der III. Wagenklasse und kostet — wie eine Fahrkarte IV. Klasse — für die Hin- und Rückfahrt zusammen 2,60 R.-Mk.

— **Herabsetzung der Steuerzinsen.** Nach einer Verordnung des Reichsfinanzministers werden die Verzugszinsen, die auf Grund anderer Vorschriften der Reichssteuergesetze dem Reiche geschuldet werden von 18 auf 12 Prozent herabgesetzt. Soweit bei Zahlungsaufschub Zinsen zu entrichten sind, beträgt der Zinsfuß anstatt bisher 12 Prozent 9 Prozent. Bei Steuerstundung beträgt der Höchstzinsfuß in Zukunft 9 anstatt bisher 12 Prozent. Die Verordnung ist mit dem 1. Februar d. Js. in Kraft getreten. Für die Zeit vom 1. Februar 1925 ab findet der Zinsfuß von 12 Prozent auch bei Verzugszinsen von solchen Beträgen Anwendung, die vor dem 1. Februar 1925 fällig geworden sind. Ist vor dem 1. Februar ds. Js. Zahlungsaufschub oder Stundung bei einem Zinsfuß von mehr als 9 Prozent jährlich bewilligt worden, so beträgt für die Zeit vom 1. Februar ab der Zinsfuß 9 Prozent.

§ **Kartoffelvorräte durchsehen!** In gegenwärtiger Jahreszeit pflegen sich in den für den Winterbedarf eingekellerten Kartoffeln meistens die faulen Exemplare einzustellen. Bekannt ist, daß namentlich in etwas warmen und nicht ganz trockenen Keller diese Fäulnis sich dann sehr rasch auf die gesunden Kartoffeln ausdehnt, sodaß mit Vorrücken des Frühjahrs die Hausfrau meistens einen ziemlich hohen Prozentsatz angefaulter, stockfleckiger oder sonstwie unbrauchbarer Kartoffeln zu verzeichnen hat. Nimmt man dagegen augenblicklich ein Umschütten der Kartoffeln vor und liest hierbei alle angefaulten Früchte sorgfältig aus, so braucht eine derartige Maßnahme frühestens erst in vier bis sechs Wochen wiederholt werden, und man wird wenig Abgang an unbrauchbaren Kartoffeln haben.

Musis. Am vergangen Sonntag feierte der hiesige Gesangverein im geschmückten Saale sein Wintervereinsfest. Infolge der mehrwöchigen guten Vorbereitung nahm dieser Familienabend einen glänzenden harmonischen Verlauf. Der 1. Teil des Programms: Chorgesang, Prolog und Ansprache war der Jubiläumsfeier des 16jährigen Bestehens des Vereins gewidmet. Der sehr umfangreiche 2. Teil brachte den Vereinsangehörigen und seinen Gästen Theaterstücke und Deklamationen ernsten und heiteren Inhalts, die großen Beifall erregten und zeitweise die Lachmuskeln tüchtig in Bewegung setzten. Im 3. Aufzug kamen Torten, Kräppeln, Rührkuchen in allen Farben und Größen und vielerlei Inhalts, echter Mokka, danach süß- und bittere Getränke auf die Tische. Die nachfolgenden abwechslungsreichen Stunden verliefen unwillig schnell. Mit Dank an alle, die zum guten Gelingen der Veranstaltung beigetragen hatten, trennte man sich mit dem Wunsche, bis zum nächsten Familienabend nicht wieder eine mehrjährige Pause eintreten zu lassen.

Cassel. In einer hiesigen Fabrik hat sich ein Unglücksfall ereignet. Der Schreiner O. geriet so unglücklich in die Hobelmaschine, daß ihm drei Glieder der linken Hand abgeschnitten wurden. Er fand Aufnahme im Landkrankenhaus.

— Ueber das Thema „Rechtsbehelfe für Abgebaute" sprach im überfüllten Saale der Stadt Stockholm der Rechtsbeistand des Bundes der „Abgebauten Beamten und Lehrer", Rechtsanwalt Dr. Heuser. Die Abbauverordnung bildet, wie er ausführte, einen Verstoß gegen die Reichsgesetze, namentlich Artikel 129 der Reichsverfassung, der die wohlerworbenen Rechte der Beamten wahrt. Einsprüche gegen den Abbau seitens der Beamten können nur dann auf Erfolg rechnen, wenn sie von einer großen, machtvollen Organisation ausgehen. Deshalb sei es die Pflicht jedes Abgebauten, dem „Bund der Abgebauten" beizutreten und mit allen Kräften für ihn zu werben. Reicher Beifall lohnte dem Redner. Sodann

Wir bitten unsere geschätzten Leser, die mit dem

Abonnementsgeld

noch im Rückstande sind, dasselbe in diesen Tagen doch bereit zu halten, damit unsere Boten nicht 3 und 4 mal vorsprechen müssen.

gab der 1. Vorsitzende des Bundes, Lehrer Max Quentel einen Rechenschaftsbericht. Eine Reihe von Vergünstigungen stehen den Mitgliedern zu. So z. B. hat der Bund einen eignen Rechtsbeistand, Stellenvermittlung und Beratung für Schulentlassene Kinder, auch haben die Mitglieder Beitragsermäßigung bei dem Beamtenbund. Scharfe Verwahrung wurde auch gegen die Behandlung eingelegt, die Abgebauten oft zuteil wird. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde der frühere, verstärkt um 4 Beisitzer, wiedergewählt. Von den zahlreichen geladenen Gästen betonte Regierungsrat Dietrich 1. Provinzial-Vorsitzender vom Beamtenbund, daß die Großorganisation alles tun werde, um den Abgebauten in jeder Weise behilflich zu sein.

Frankfurt. Der Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. hat sich in einer Sitzung mit dem Vorschlag einer Umorganisation des Wohnungsamtes einverstanden erklärt, wonach die seitherige Zweiteilung in eine juristische und eine technische Abteilung aufgegeben und eine einheitliche Leitung hergestellt wird. Ferner hat der Magistrat zugestimmt, daß künftig bei freiwerdenden Wohnungen den Hauseigentümern nicht nur ein Mieter, sondern zwei Wohnungssuchende zur Auswahl zugewiesen werden.

Barchfeld. Nachdem bereits vor einigen Tagen ein junger Mann von hier Selbstmord beging, haben sich abermals ein junger Bursche und ein Mädchen vergiftet. Liebeskummer soll der Grund zur Tat gewesen sein.

Leuna. Aus dem sogenannten Leuna-Zuge stürzte ein junges Mädchen auf die Schienen und blieb mit schweren Kopfwunden liegen, bis es von Beamten aufgefunden wurde. Die Verunglückte hatte sich an das Fenster einer schlecht geschlossenen Abteiltüre gelehnt.

Aus Stadt und Land.

** **Mit dem Fuhrwerk in den Straßenbahntunnel.** Die Straße „Unter den Linden" in Berlin ist untertunnelt, jedoch ist der Tunnel lediglich für die elektrische Straßenbahn befahrbar. Ein Kaufmann aus Müggelheim fuhr dennoch in stark angetrunkenem Zustande in den Tunnel. Da er das zwischen den Schienen stecken gebliebene Gespann allein nicht wieder an die Oberfläche bringen konnte, mußte die Feuerwehr helfen.

** **Mit dem Auto tödlich verunglückt.** Auf der Straße Berlin—Baruth, in der Nähe des Rittergutes Dahmsdorf, konnte ein Ingenieur aus Bochum mit seinem Auto in schneller Fahrt eine scharfe Kurve der Chaussee nicht nehmen. Durch das starke Abstoppen überschlug sich der Wagen, wobei der Ingenieur getötet wurde, während ein zweiter Insasse nur geringfügige Verletzungen erlitt.

** **Die Textilmesse in Hamburg.** Vom 18. bis 20. Februar wird in sämtlichen Räumen der Ernst Merck-Halle, allen Nebenräumen und neuen Ausstellungshallen des Zoologischen Gartens in Hamburg die 10. Hamburger Textilmustermesse abgehalten. Rund 600 Aussteller sind zu dieser Veranstaltung zugelassen worden. Es haben nur Textileinzelhändler, die sich als solche ausweisen, Zutritt zur Messe.

** **Ein britischer Soldat des Mordes schuldig.** Nach sechstägiger Verhandlung vor dem britischen Kriegsgericht in Köln a. Rh. wurde ein englischer Soldat, der am 22. Dezember 1924 seine frühere Geliebte aus Köln-Mülheim und einen schottischen Korporal, den er in ihrer Gesellschaft traf, durch Revolverschüsse getötet hatte, des Mordes für schuldig befunden. Das Urteil wird verkündet werden, sobald es vom Oberkommandierenden der britischen Rheinarmee genehmigt ist.

** **Das Auto unter der Lokomotive.** Auf der Landstraße Burghausen—Neukirchen wurde das Auto eines Arztes aus Burghausen an der Kreuzung mit der Eisenbahnstrecke Fulda—Bebra von einer Lokomotive erfaßt und vollständig zertrümmert. Die Gattin des Autobesitzers wurde getötet, während der Arzt leichtere Verletzungen erlitt.

** **Grans beantragt das Wiederaufnahmeverfahren gegen sich.** Nachdem der Massenmörder Haarmann die gegen Grans erhobenen Anklagen in einem Briefe an den Vater des Grans widerrufen hat, hat der Verteidiger des ebenfalls wegen Mordes zum Tode verurteilten Grans bei der Strafkammer den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gestellt. Das Gericht wird darüber befinden, wie weit dem stattgegeben werden soll. Den Vorschlag zur Vorlegung eines Gnadengesuches hat Grans von der Hand gewiesen.

** **Ein neues Königin-Luise-Denkmal in Bad Pyrmont.** Königin Luise weilte gern in Pyrmont. Zur Erinnerung an ihren wiederholten Aufenthalt ist in dem Parke ein kleines Standbild errichtet worden. Jetzt hat der preußische Staat für die Wandelhalle im Bad eine Statue der so verehrten Königin geschenkt, die im Lichthof aufgestellt werden wird. Die dem National-Museum entnommene Statue wird einen besonderen Schmuck der Wandelhalle darstellen.

** **Sturm im Westen.** Mit größter Heftigkeit fegte ein Sturm über das Ruhrgebiet. In einzelnen Häusern der Städte Bochum, Gelsenkirchen usw. wurden große Hausstücke abgerissen, zahlreiche Fensterscheiben eingedrückt. In Holland hat ein Südweststurm schweren Schaden angerichtet. Die Windstärke betrug 31 Sekundenmeter, während der in den letzten 20 Jahren heftigste Sturm nur 30 Sekundenmeter erreichte. Bisher werden 5 Personen als tot gemeldet. Verschiedentlich sind die Dächer von den Häusern abgedeckt. Besonders großer Schaden wurde auf der Maas bei Rotterdam angerichtet, wo durch die zahlreichen losgerissenen Schiffe ein förmliches Chaos entstand. Der Telegraphenverkehr mit Deutschland, Belgien und Frankreich wurde in Mitleidenschaft gezogen.

** **Eine Drahtseilbahn auf das Nebelhorn?** Kaum ist der Bau einer Bahn auf die Zugspitze begonnen, so soll auch eine Bahn auf das Nebelhorn geführt werden. Ein Verein in Sonthofen im Allgäu hat den Bau einer Drahtseilschwebebahn auf das 2400 Meter hohe Nebelhorn beschlossen. Die Kosten der Bergbahn, welche bereits im kommenden Winter in Betrieb gesetzt werden soll, belaufen sich auf rund 800 000 Mark. Die Genehmigung der Staatsbehörde liegt bereits vor.

** **Ein Werber für die französische Fremdenlegion verurteilt.** Das oberste Landesgericht in München verurteilte den Kaufmann Georg Ihayn aus Berlin, der in Nürnberg versucht hatte, junge Leute zur französischen Fremdenlegion anzuwerben, zu einem Jahr Gefängnis unter Anrechnung von 6 Monaten Untersuchungshaft.

** **Bevorstehende 24 Stunden-Rechnung bei der Reichsbahn?** In den Nachbarländern ist schon seit längerer Zeit die 24-Stunden-Rechnung eingeführt. Die Reichsbahn hat sich daher erneut mit der Frage beschäftigt, ob die Einführung dieser Rechnung auch für die deutsche Reichsbahn zweckmäßig erscheint. Es ist anzunehmen, daß die Reichsbahn in nicht zu ferner Zeit zu der neuen Rechnung übergehen wird.

** **Die Königin von Holland Dr. ehrenhalber.** Die im Jahre 1575 von Prinz Wilhelm von Oranien gegründete Universität Leyden in Holland feierte die 350. Wiederkehr des Stiftungstages. Aus diesem Anlaß wurde der Königin Wilhelmine die Würde eines Dr. h. c. der Rechte verliehen.

** **350 Jahre deutsche Gemeinde in Kopenhagen.** Die deutsche Gemeinde St. Petri in Kopenhagen und die drei deutschen Schulen feiern am 20. Februar ihr 350jähriges Bestehen. Im Jahre 1575 setzte Friedrich II. von Dänemark den ersten deutschen Prediger ein und wies der Gemeinde die schöne ehrwürdige St. Petri-Kirche als Gotteshaus an. In dem Festgottesdienst am 22. Februar wird Pastor Lampe, der bereits über 20 Jahre segensreich seines Amtes waltet, die Festrede halten, und auch der erste Bischof der dänischen Landeskirche wird sprechen. König und Königin von Dänemark sowie Mitglieder des königlichen Hauses haben ihr Erscheinen zugesagt.

** **Teuerungsdemonstrationen in Prag.** Bei den letzten Kundgebungen gegen die Teuerung in Prag versuchte die Polizei die Demonstranten zu zerstreuen, wurde aber mit Steinen und Ziegeln beworfen, worauf sie zur Schußwaffe griff. Durch die abgegebene Salve wurden acht Personen durchweg leicht verletzt. Die Verwundungen der Polizisten rühren meistens von Steinwürfen her. Unter den verwundeten Demonstranten befindet sich ein russischer Staatsangehöriger aus Bessarabien.

× **Der Geist.** In unserm Derfe do gitts schene Hisser. Abber 's gitt ä Hitten, in danen schunt Karl dr Größe gewasen es wi ha bi Treffurt di Sachsen vermebelt hat. Sö enne ahle Hitten stett hingen in dr Gassen, wo dr Kasejerge wohnt, De Lite nennen das Hüs de „Burg". Oeben wohnt dr Jerge unn ungen drunger wohnt ä nach war, das es sinne Kuh. An unn fer sich es das schen. Im Winter stett di Kuh warm unn di Stobben ebber dam Kibestall es ä warm. Blöß im Summer do rüchts öben en bißchen vel nach Kibemist, denn de Decken es enn bißchen morsch, unn do dringt dar Geruch derch. Abber das schatt nischt. Bis jetzt es dovune noch kenne Kuh krank geworden. Ver enn paar Tagen es Jerge uffn Hobe unn hantiert do rim sö in dr Dammrung. Sin Selma fihlte sich nit wöhl unn wull sich ins Bett lege. Wi's nun grade de Nachtmitzen uffgesatzt unn ins Bette stih wüll, krach, do ging de Decken met am ungehenn unn es flog nunger un füll grade sö, daß es uff de Kuh zum Riten kam. Jerge herte uff dam Hobe dan Schandal unn dochte: „Was es dann wöhl met dar Kuh lös?" Wi ha nun in dan Stall gükte, ja de liben Kinner, do saß ja enn Gespenst uff sinner Kuh im wissen Hemde und rett henn und har. „Alle guten Gäister loben Gott den Herrn", sait Jerge. Abber der Gäist sait: „Damlacks, hiilf mi — mich wer runger, ich be — benn derch di Decken gefallen."

☞ Der heutigen Ausgabe unserer Zeitung liegt eine Ankündigung der Firma Dr. med. Robert Hahn & Co. G. m. b. H., Magdeburg, über ihr in vielen Tausenden von Fällen bewährtes „Nervosin" bei, auf welche wir unsere Leser ganz besonders hinweisen. Ein Versuch mit diesem Mittel dürfte sich auf jeden Fall empfehlen.

Das Schicksal des Rheinlandes.

Reichskanzlerrede in Köln.

Vor Antritt seiner Rundreise durch Süddeutschland stattete Reichskanzler Dr. Luther der Stadt Köln einen Besuch ab, um mit den Vertretern des besetzten Gebietes Fühlung zu nehmen. Am Abend veranstaltete die Stadt Köln in den historischen Räumen des Gürzenich ein Festessen, zu dem die Spitzen der rheinischen Stände und Behörden geladen waren. Während des Essens hielt

Oberbürgermeister Dr. Adenauer

an den Reichskanzler eine sehr herzlich gehaltene Begrüßungsansprache.

Er wies dabei auf die herbe Enttäuschung hin, die die Nichträumung der Kölner Zone im Rheinland ausgelöst hat, auf das Darniederliegen des wirtschaftlichen Lebens, und führte als Beweis dafür an, daß zwei Drittel aller Erwerbslosen Deutschlands auf das besetzte Gebiet entfallen. Dr. Adenauer äußerte weiter den Befürchtung, daß nicht in allen Kreisen des unbesetzten Deutschlands diese Frage in ihrer ganzen für das deutsche Schicksal entscheidenden Bedeutung erkannt sei. Die Rheinländer könnten sich sonst nicht vorstellen, daß die Aufmerksamkeit mancher deutschen Kreise durch innerpolitische Streitigkeiten und Skandalaffären stärker in Anspruch genommen werde, als durch die eine große nationale Frage der Freiheit des Rheins und damit der Freiheit Deutschlands. Es stehe zur Debatte, ob die Besetzung dauernd bleiben soll ohne Rücksicht auf die Artikel des Versailler Vertrages.

„Die Art der Behandlung der Räumungsfrage durch die Besatzungsmächte — so führte der Redner wörtlich aus — **stehe im schreiendsten Gegensatz zu der Loyalität, mit der die Lasten der Besatzung vom Rheinlande getragen worden sind. Mit den Millionen Menschen, die das Rheinland bewohnen, verfährt man im Zeitalter der Demokratie wie mit einem Negerstamme Afrikas. Wir verlangen von den Besatzungsmächten, daß sie die Räumungsfrage, die für das Geschick Europas maßgebend ist, nicht in kleinlicher, und nicht in einer für alle Beteiligten unwürdigen Weise, sondern in einer durch den Ernst und die Bedeutung der Sache gebotenen Eile, mit aller Loyalität und im Sinne der wahren geistigen Abrüstung behandeln.“**

Dr. Adenauer sprach schließlich sein Vertrauen aus, daß es dem Reichskanzler gelingen werde, die Verhandlungen mit den Besatzungsmächten energisch und erfolgreich durchzuführen.

Reichskanzler Dr. Luther

ergriff hierauf das Wort zu einer längeren Rede, in der er zunächst die Bedeutung des Rheinlandes für das gesamte Reich hervorhob. Rheinlands Schicksal sei Deutschlands Schicksal, Rheinlands Freiheit sei Deutschlands Freiheit. Das sei die Auffassung der deutschen Reichsregierung. Diese verfolge die Not des besetzten Gebietes im vollen Bewußtsein der Tatsache, daß nun schon so manches Jahr das besetzte Gebiet für ganz Deutschland leide. Darum sei die sekstverständliche Politik der deutschen Regierung, dafür zu sorgen, daß die Rheinlande nicht zu einer Reparationsprovinz würden.

„Wir werden — so fuhr der Reichskanzler fort — in unserer weiteren Politik dafür sorgen, daß die politischen Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und den Alliierten nicht zum Schaden des Rheinlandes sich vollziehen. Der deutsche Reichskanzler kann von der Frage der Nichträumung der nördlichen Rheinlandzone nicht sprechen, ohne immer wieder in die Welt hinauszurufen, daß die Grundlagen für die einseitige Entscheidung der Alliierten über die Nichträumung bis zum heutigen Tage nicht mitgeteilt worden sind. Der Tatbestand ist also der, daß die Vorbedingungen für Verhandlungen über die Räumung ausschließlich von Seiten der Alliierten nicht erfüllt worden sind.

Zu Verhandlungen ist die deutsche Regierung bereit.

Die deutsche Regierung ist ebenso bereit, berechtigte Anstände, die etwa von Seiten der Verbündeten in der Frage der Entwaffnung erhoben werden, oder die sonst zur Kenntnis der deutschen Regierung kommen, auf das schnellste auszuräumen. **Das Ziel der Verhandlungen aber die wir mit allem Nachdruck erstreben, muß sein die schnellste Räumung der nördlichen Rheinlandzone, damit das Rheinland das erwirbt, was ihm nach dem Vertrag von Versailles zusteht.“**

Der Reichskanzler erinnerte dann daran, daß er in seiner Rede vor der Auslandspresse, also vor aller Weltöffentlichkeit, an den französischen Ministerpräsidenten die Frage gerichtet habe, ob er entschlossen sei, die nördliche Rheinlandzone sofort zu räumen, nachdem die Beseitigung der Deutschland etwa nachgewiesenen Verstöße in der Abrüstung sichergestellt sei? **Er habe auf diese Frage**

eine Antwort bis heute nicht bekommen,

wohl aber sei von politischer Seite in der französischen Presse ausgesprochen worden, daß die Räumung der Kölner Zone nicht etwa nur von der Entwaffnungsfrage, sondern auch davon abhängig gemacht werden sollte, daß vorher ein besonderer Sicherheitspakt zugunsten Frankreichs zustande komme. Dazu müsse er folgendes bemerken:

„Die deutsche Reichsregierung ist bereit, an der Lösung der Sicherungsfrage positiv mitzuwirken. Wollte man aber die Räumung von der Lösung dieser Frage abhängig machen, so müßte dieser Gedanke, der keinerlei Begründung im Versailler Vertrage findet, mit allem Nachdruck zurückgewiesen werden.“

Besonderen Beifall fand der Kanzler, als er unterstrich, daß eine solche Behandlung der Räumungsfrage das genaue Gegenteil des Gedankens der Sicherungsverträge sei, weil die Achtung vor den Verträgen in der Kölner Räumungsfrage, wie in der Frage des Sicherheitspaktes dieselbe Bedeutung habe.

*

Mahnung zur Einigkeit.

Im zweiten Teil seiner Rede ging der Reichskanzler auf die innenpolitische Lage ein und sprach die dringende Bitte an ganz Deutschland aus, der gegenwärtigen Reichsregierung die Bahn für die Arbeit frei zu öffnen. Die Opposition gehöre zum parlamentarischen Betriebe, doch müsse sie sachlich betrieben werden und dürfe nicht zur Feindschaft werden. Wenn sich die gegenwärtige Regierung auf eine Mehrheit stützt, so lege er doch ebenso großes Gewicht darauf, immer wieder zu betonen, daß diese Mehrheitsbildung keinen Ausschluß der anderen von der Mitarbeit bedeutet, die bereit sind, im staatsbejahenden Sinne mitzuarbeiten.

Der Kanzler schloß mit einem dreifachen Hoch auf den deutschen Rhein, in das die Versammlung begeistert einstimmte.

Die deutsche Tscheka.

Der Kommunistenprozeß in Leipzig.

Unter scharfen Vorsichtsmaßnahmen begann Dienstag vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik der große politische Prozeß gegen die sogenannte deutsche Tscheka, amtlich als Prozeß gegen Neumann und Genossen bezeichnet. Angeklagt sind 16 Kommunisten, sämtlich wegen Hochverrats bezw. Beihilfe dazu in Tateinheit mit Waffenbündelei, einige von ihnen auch wegen Verabredung zum politischen Mord und wegen Mordes, einige wegen Vergehens und Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz und die Waffenverordnung.

Die Anklage behauptet, daß nach dem Muster der russischen Tscheka **eine deutsche Tscheka** geschaffen worden ist, **um den gewaltsamen Umsturz in Deutschland und die Diktatur des Proletariats herbeizuführen und sodann etwaige Verräter der kommunistischen Sache zu beseitigen. Es sollte eine straffe zentralistische militärische Organisation dienen, für die Waffen, Sprengstoffe und Munition beschafft werden sollten.**

Militärischer Leiter der ganzen Geheimorganisation soll der Russe Skobelewsky alias Goreff gewesen sein. Auch die verwerflichsten Mittel sollten zur Anwendung gebracht werden. So wird der Tscheka vorgeworfen, Cholera- und Typhusbazillen geschafft und Versuche damit angestellt zu haben. Wozu soll sie

Attentate gegen General von Seeckt,

Stinnes, v. Borsig und andere politische Persönlichkeiten geplant haben. Einen Hauptgegenstand der Verhandlung wird die Ermordung des Friseurs Rausch bilden. In den kommunistischen Zeitungen ist die Tscheka als Abwehrorganisation gegen Spitzel in den eigenen Reihen bezeichnet worden.

Eine wichtige Rolle wird im Tscheka-Prozeß die Frage der Finanzierung dieser deutschen Geheimorganisation durch die Sowjets spielen.

Ein Antrag der Verteidigung, Senatspräsident Dr. Niedner als Zeugen zu laden, wurde durch Gerichtsbeschluß abgelehnt mit der Begründung, Dr. Niedner nach Prüfung seiner Pflichten sich entschieden habe, den Vorsitz beizubehalten.

Sinnsprüche.

Das Brot, das mein Kind aus meiner Hand empfängt, bildet sein Kindergefühl und nicht sein Staunen. Es sind meine Nachtwachen und meine Sorgen für seine spätern Jahre.
Pestalozzi

•

Als nein und ja noch redlich war,
Da hatte Glaube nicht Gefahr.
Logau

•

Gesang und Liebe im schönen Verein,
Sie erhalten dem Leben den Sonnenschein.
Schiller

•

Es gibt wirklich viele Menschen, die bloß lesen, damit sie nicht denken dürfen.
Lichtenberg

•

Die richtigste Vernunftehe ist, ein reiches Mädchen aus Liebe heiraten.
Engel

Henko
Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

spart Seife und Seifenpulver!
Mitverwendung von **Henko** bei der Wäsche verbilligt das Waschen.
Vorzügliches Einweichmittel.

Einen neuen und einen gebrauchten
Erntewagen
zu verkaufen. Ebenfalls ein
Hausbackofen,
Gleichfalls gebe ich
5 Ztr. Saathafer
zu Saatzwecken ab.
Georg Blum, Stellmacherei
Wickerödde

Neu eingetroffen in prima Qualität:
Ia. Sauerkraut hochfein
Zwiebeln
Schwarzwurzeln, Salz
Essig, Senf
Pfeffergurken
Blumenkohl, Sellerie
Orangen
Richard Mohr

Was???

Sie kennen noch nicht die Patent Erhaco Spange mit dem Drehstverschluß? Die einzige Spange ohne Reparaturen Die Königin aller Spangen Sie allein gibt der Fuß einen eleganten und festen Sitz, ausgezeichnet mit 2 deutschen Reichspatenten sowie Patente in allen Kulturstaaten. Gehen Sie sofort zum nächsten Geschäft u. lassen Sie sich solche vorführen Die Verkaufsstellen erkennen sich an unseren Erhaco-Plakaten im Schaufenster.

Alleinige Erfinder und Fabrikanten:
SANITARIA, Cassel-R., Fernuf 1776

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“
Theater-Abend
Sonntag, den 15. Februar 1925, abends 8 Uhr im Heinz'schen Saale
Die Waffen nieder
Ein Drama in 4 Akten
nach dem gleichnamigen Roman von Bertha von Suttner, von Hans Engler.
Darsteller:
Bannergruppe Melsungen
Num.-Platz 1,20 Mk., :=: nicht num. Platz 0,70
Kassenöffnung 7 Uhr Anfang 8 Uhr
Karten im Vorverkauf bei Hans Siebert Ww. und Friseur Enzeroth.

Verkaufe ein
Rind
14—15 Monate alt, **von zweien die Wahl.**
Siebold
Neustadt 15

Nußkohlen, Briketts
hält stets am Lager
R. Hartmann

Inserieren bringt Gewinn!

Oeffentliche Sitzung

der Stadtverordneten-Versammlung, **Donnerstag 12. abends 9 Uhr** im Sitzungszimmer des Rathauses.

Tagesordnung:

1. Bereitstellung des Bauplatzes für ein Landjägerdienstgebäude (2 Wohnungen).
2. Ausbau von Räumen zu Wohnzwecken durch die Stadt.
3. Gewährung eines Darlehns an den Kleinhausbauverein „Eigene Scholle“.
4. Ankauf von Baugelände durch die Stadt.
5. Besprechung sonstiger Angelegenheiten.

Spangenberg, den 10. Februar 1925.

Lappe
Stadtverordnetenvorsteher

Lebensgefahr bei elektrischen Leitungen.

Das Besteigen der Masten der Hochspannungsleitungen und das Berühren der Leitungen ist mit Lebensgefahr verbunden. Beim Besteigen der Bäume und beim Baumfällen ist Vorsicht geboten.

Spangenberg, den 10. Februar 1925.

Die Polizeiverwaltung
Schier

638